

Rotherbaron:

Manipulativer Journalismus

Wenn Journalisten zu Demiurgen werden

Angesichts der Bedrohungen, denen kritische JournalistInnen weltweit ausgesetzt sind, ist in letzter Zeit wieder verstärkt die Bedeutung der Medien für eine kritische Unterrichtung der Öffentlichkeit und die freie Meinungsbildung, ihr Charakter als "vierte Gewalt" in der Demokratie, betont worden.

Dabei wird allerdings vielfach übersehen, dass freier Journalismus nicht nur durch direkte Gewalt, Verbote, Zensur oder die Übernahme kritischer Medien durch Oligarchenfreunde der betreffenden Autokraten bedroht ist. Vielmehr erfolgt die Bedrohung teilweise auch von innen heraus, durch eine manipulative Berichterstattung, welche die freie Meinungsbildung unmerklich untergräbt.

Ich denke dabei nicht an die oft zitierten "alternativen Fakten", bei denen Lügenmärchen an die Stelle der Realität gesetzt werden, und auch nicht an die propagandistische Hofberichterstattung, deren Einseitigkeit und Verzerrtheit auch für weniger geschulte Augen leicht erkennbar ist. Was ich hier meine, sind eher Weglassungen und Zuspitzungen, die auf den ersten Blick kaum auffallen und eben deshalb umso wirksamer sind. Derartige Beeinflussungen mögen nicht in jedem Fall absichtlich, sondern teilweise auch aus einem mangelnden Bewusstsein für die eigene Voreingenommenheit heraus erfolgen. Dies macht sie jedoch nicht weniger bedenklich, zumal der entsprechende Schreibstil keineswegs auf Medien mit einer klar erkennbaren politischen Orientierung beschränkt ist.

Nein, ich möchte hier nicht in die Klagen über die "Lügen-Presse" einstimmen. Ich bin im Gegenteil der Meinung, dass wir in Deutschland noch immer über vergleichsweise freie Medien verfügen, die zu einem großen Teil einem hohen journalistischen Ethos verpflichtet sind und dieses auch in ihrer Arbeit zu achten versuchen. Gerade deshalb halte ich es aber für wichtig, auf Tendenzen hinzuweisen, die dieses Ethos konterkarieren könnten.

Teilweise sind die manipulativen Tendenzen wohl auch im Wesen des kritischen Journalismus selbst angelegt. Denn dieser besteht eben nicht oder zumindest nicht ausschließlich in der Enthüllung bislang verborgener Tatsachen. Wie die Veröffentlichungspraxis der Enthüllungsplattform WikiLeaks gezeigt hat, führt die Beschränkung hierauf rasch dazu, dass einzelne Aspekte aus dem Zusammenhang gerissen werden und so ein falsches Bild entsteht. Richtigstellungen sind dann schwierig, weil eben nicht jeder die Zeit und die Lust hat, mal eben 13.000 Dateien nach Gegenbelegen zu durchforsten. Auch

ist die Grenze zum Schlüsseloch-Journalismus hier fließend. Wer unterschiedslos alles veröffentlicht, was ihm zugespielt wird, nimmt in Kauf, dass dadurch auch irrelevante, boulevardeske Details an die Öffentlichkeit gelangen. Gleichzeitig steht man, wie die Veröffentlichungen von WikiLeaks im US-amerikanischen und jüngst auch im französischen Präsidentschaftswahlkampf vor Augen geführt haben, so immer in der Gefahr, jenen in die Hände zu spielen, die den kritischen Journalismus bekämpfen und Enthüllungen gerade für Schmutzkampagnen gegen die Befürworter freier Medien nutzen.

Eine totale Öffentlichkeit, die auch die Privatsphäre von Menschen und das vertrauliche Gespräch nicht achtet, ist totalitär. Kritischer Journalismus entsteht demnach nicht durch das Öffentlichmachen des Unveröffentlichten, sondern erst durch die erhellende Zusammenstellung und Einordnung der Fakten. Dies aber bedeutet, dass kritischer Journalismus die Realität nicht "ans Licht" holt, also nicht die buchstäbliche "Auf-" bzw. "Entdeckung" der Realität betreibt, sondern diese zu einem großen Teil erst erschafft.

Eine solche Demiurgenhaftigkeit des eigenen Tuns birgt die Gefahr von Allmachtsphantasien in sich. Sie kann dazu führen, dass bei einer journalistischen Arbeit nicht mehr die Recherche an erster Stelle steht, auf die dann die Sichtung der Fakten und schließlich deren Prüfung, Deutung und Einordnung folgen. Stattdessen wird dieser Prozess dann umgedreht, das heißt man geht von einer bestimmten Sichtweise der Realität aus und stellt Fakten und Interviewäußerungen dementsprechend zusammen. Im Extremfall ergibt sich so eine Art von Dogmen-Journalismus, bei dem man sich auf die scheinbar unbestreitbare Gültigkeit nicht näher nachgeprüfter Deutungsmuster verlässt und auf deren Grundlage das Geschehen beurteilt. Eine solche selektive Betrachtung und alltagstheoretische Deutung der Wirklichkeit aber hat mit kritischem Journalismus nichts zu tun. Sie entspricht vielmehr der Denk- und Urteilspraxis des Stammtischs.

Im Folgenden möchte ich anhand von ein paar Beispielen das Gemeinte erläutern. Dass die Belege allesamt aus der *Süddeutschen Zeitung* stammen, bedeutet ausdrücklich nicht, dass ich dieser eine besondere Anfälligkeit für manipulativen Journalismus unterstelle. Eher ist das Gegenteil der Fall. Nicht zuletzt durch die Rechercheverbände, an denen die Zeitung mitwirkt oder mit denen sie kooperiert, hat sie Maßstäbe in investigativem Journalismus gesetzt. Gerade deshalb halte ich hier jedoch die Beachtung eines journalistischen Ethos, das man von anderen Medien schon gar nicht mehr erwartet, für wichtig.

1. In einem Artikel über den Wahlkampf vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein berichten Peter Burghardt und Thomas Hahn auch über die

Bedeutung, die der Kritik an der Windkraft in diesem Zusammenhang zukommt (*Von Kiel nach Kalifornien; Süddeutsche Zeitung* vom 28. April 2017, S. 5). Dabei kommt auch Frank Dreves zu Wort, der sich als Parteiloser um das Direktmandat im Landkreis Eckernförde beworben hat. In dem entsprechenden Absatz heißt es, Dreves sei

"gegen Windkraftwerke, weil deren Rotoren jedes Jahr 'zigtausend' Vögel erschlagen. Er ist auch gegen Kohle- oder Atomkraft, aber Windenergie ist für ihn keine Alternative, sondern 'aus Sicht des Artenschutzes 'absoluter Wahnsinn': Dort, wo er zu Hause ist, bei Schwedeneck und Schwansen, stehen erst wenige Windräder. Aber die Windvorrangflächen sind ausgezeichnet. Es gab Protestkundgebungen, und Dreves sagt: 'Die Leute sehen, was in Dithmarschen und Nordfriesland ist: überall drehende Propeller. Das will man hier nicht.' Er klingt, als wolle er die Zukunft auf später verschieben."

Mit dem Schluss-Satz wird hier quasi nebenbei die komplette Argumentation des Windkraftgegners vom Tisch gefegt. Es wird schlicht unterstellt, die Windkraft sei "die Zukunft" der Stromversorgung, und wer sich dagegen stemme, wehre sich lediglich gegen im Endeffekt unaufhaltsame Prozesse. Dabei wäre es ein Leichtes, etwa bei vernunftkraft.de Belege für die von Dreves angesprochene Gefährdung von Vögeln und anderen Tierarten durch die Windkraft zu finden. Auch dass die Windkraft alternativlos ist, ist eine Behauptung, die einer näheren Überprüfung nicht standhält. Zumindest die system- und regellose, noch nicht einmal auf die Verwertbarkeit des produzierten Stroms abgestimmte Aufstellung von Windkraftanlagen, wie sie in Deutschland praktiziert wird, taugt allenfalls als Alptraumszenario für die Zukunft.

Man könnte hier also über die Art und Weise der Nutzung von Windkraft diskutieren, Alternativen aufzeigen, die Fundamentalopposition von einer Befürwortung der Ausweisung einzelner Industrieflächen für die Windstromproduktion unterscheiden oder auf die Notwendigkeit eines Energiemixes, bei der die nicht permanent verfügbare Windenergie mit anderen Stromquellen verknüpft wird, hinweisen – oder man lässt die Äußerungen des Windkraftgegners einfach so stehen und überlässt es den Lesenden, sich anhand dieser und anderer Quellen eine eigene Meinung zu bilden. Für unredlich halte ich es jedoch, diesen Meinungsbildungsprozess zu unterbinden bzw. ihn schlicht für überflüssig zu erklären, indem man die Windkraft apodiktisch als Stromquelle der Zukunft hinstellt.

2. In einer Randnotiz vom 27. April 2017 (S. 9) berichtet die *Süddeutsche Zeitung* ohne Autorennennung von einem offenen Brief, in dem 46 Intellektuelle und politische Aktivisten die Band *Radiohead* dazu auffordern, ihren geplanten Auftritt in Israel "aus Protest gegen die israelische

Siedlungspolitik, die in dem Brief mit der südafrikanischen Apartheidspolitik verglichen wird", abzusagen. Der Brief erinnere, so heißt es in der Notiz weiter, an einen anderen offenen Brief aus dem Jahr 2015, in dem "etwa 700 Künstler zu einem kulturellen Boykott Israels aufriefen, der erst enden solle, wenn 'die koloniale Unterdrückung der Palästinenser' ein Ende habe." Diese Aufrufe werden mit der Bemerkung kommentiert:

"Fragt sich, wen solche kulturelle Boykottaktionen treffen. Und inwieweit eine solche Simplifizierung des Konflikts zielführend ist."

Es handelt sich hier um zwei rhetorische Fragen, die jeweils die nicht zu hinterfragende Gültigkeit des Gesagten implizieren. Im ersten Fall wird unterstellt, dass kulturelle Boykottaktionen die Falschen treffen. Angesichts der Tatsache, dass es sich bei dem in Frage stehenden Auftritt von *Radiohead* um ein Konzert in Tel Aviv handelt – dessen Einwohner als weltoffener und kritischer gegenüber der Siedlungspolitik gelten als etwa die Bewohner Jerusalems –, mag dies nicht unzutreffend sein. Dennoch könnte eine Absage des Konzerts vielleicht manchen dazu anregen, die Freiheit nicht allein dadurch garantiert zu sehen, dass man die eigene Freiheit feiert, sondern, ob zu ihrem Schutz nicht auch das Eintreten für die Freiheit anderer gehört.

Die zweite Frage unterstellt, dass es eine "Simplifizierung" sei, Israels Siedlungspolitik als kolonialistisch zu bezeichnen, und den Umgang des Landes mit den Palästinensern mit der südafrikanischen Apartheidspolitik zu vergleichen. Letzteres ist in der Tat nicht unumstritten, da sich zum einen die Situation in Israel in vielerlei Hinsicht von der seinerzeitigen Lage in Südafrika unterscheidet und der Vergleich zum anderen auch vielfach in antisemitischen Kontexten benutzt wird. Andererseits wird dieser jedoch nicht nur von Desmond Tutu, dem man als intimmem Kenner des südafrikanischen Apartheidregimes einen verantwortlichen Umgang mit dem Begriff zutrauen kann, mitgetragen. Vielmehr werden entsprechende Parallelen auch in Israel selbst von Kritikern der Regierungspolitik gezogen (einen sachlichen Überblick über den Stand der Diskussion bietet die Website der "jews for justice for palestinians"; vgl. ["Is Israel an apartheid society?"](#), 23. Oktober 2015).

So entsteht der Eindruck, dass hier in einem Vulgärverständnis von Antifaschismus die israelische Politik verteidigt werden soll, um sich selbst von jedem Verdacht des Antisemitismus reinzuwaschen. Da hierbei jedoch nicht zwischen israelischer Regierung und israelischem Volk unterschieden wird, geschieht de facto das Gegenteil; denn mangelnde Differenzierung ist die entscheidende Voraussetzung für die Entstehung nationaler Stereotypen

(in diesem Fall das des 'Juden', der angeblich nicht anders kann, als inhuman mit den Palästinensern umzugehen). Die Vorstellung, dass es einen 'guten' oder zumindest entschuldbaren Rassismus geben könnte, eignet sich zudem hervorragend als Brücke zum faschistoiden Diskurs über die deutsche Leitkultur. So nährt der ostentativ zur Schau gestellte Antisemitismus hier unterschwellig den aktuellen deutschen Rassismus.

3. In einer Reportage über Sarah Wagenknecht (*Die Reizende; Süddeutsche Zeitung* vom 22. Februar 2017, S. 3) befasst sich Constanze von Bullion mit Wahlkampfauftritten der Politikerin, berichtet von deren schwerer Kindheit und von ihren auch in ihrer eigenen Partei umstrittenen Äußerungen zur deutschen Flüchtlingspolitik, die Wagenknecht unter Verweis auf die Zustimmung, die sie dafür auf ihrer Facebook-Seite erfährt, verteidigt. Kern der Reportage ist ein Gespräch, das die Autorin mit der Politikerin geführt hat. Auf dieses bezieht sich auch der abschließende Satz des Artikels, in dem es heißt, Wagenknecht habe während des anderthalbstündigen Gesprächs "kein einziges Mal gelacht".

Stattdessen hätte man auch schreiben können: "Wagenknecht war während des gesamten Gesprächs hoch konzentriert." Oder. "Wagenknecht reagierte auf alle Fragen mit großer Ernsthaftigkeit." In diesem Fall hätte wohl niemand gefragt, warum Wagenknecht während des Gesprächs nicht gelacht hat. Im Gegenteil: Man hätte dies dann sogar unpassend gefunden. Dies zeigt, dass die Bemerkung der Autorin – zumal sie quasi als Fazit der gesamten Reportage erscheint – die Politikerin in einer bestimmten Weise charakterisieren soll: Wagenknecht soll als ein Mensch, der mit sich selbst im Unreinen ist und krampfhaft "Haltung" zu bewahren sucht, als verschlossen und wohl auch leicht verbissen vorgeführt werden.

Und eben dies – dass hier jemand "vorgeführt" wird – ist es auch, was ich an der Reportage bedenklich finde. Auch ich bin mit Wagenknechts Äußerungen zur Flüchtlingspolitik nicht einverstanden. Ich meine jedoch, dass man diesen im Rahmen einer sachlichen Auseinandersetzung begegnen sollte. Die Vorgehensweise des Artikels, der den ganzen Menschen bloßstellt, anstatt sich mit dessen Denken auseinanderzusetzen, erreicht letztlich das Gegenteil des Bezweckten, indem der Anschein erweckt wird, Wagenknecht sei mit Argumenten nicht beizukommen.

Ich habe mich hier allerdings auch gefragt, wie ich mich an Wagenknechts Stelle gefühlt hätte: wenn jemand mich zu Auftritten begleitet, sich intensiv mit mir unterhalten und mich dann in dieser Weise porträtiert hätte. Antwort: Ich hätte mich missbraucht gefühlt. Denn de facto wird hier doch ein Mensch wie das Modell eines Malers behandelt und mutiert zu einer fiktiven Gestalt in der Story eines anderen. So etwas mag sinnvoll und

gerechtfertigt sein, wenn man etwa einen Schlüsselroman über den Berliner Politikbetrieb schreiben möchte. In einer kritischen Reportage aber sollte es doch eher um Fakten als um Fiktionen gehen.

Wie gesagt: Die Beispiele sind zufällig gewählt. Bei einem Blick in eine beliebige Tageszeitung wird man sicher etliche weitere Belege für die hier beschriebene unterschwellig-unbewusste Art manipulativer Berichterstattung finden können. Noch deutlicher wird die journalistische Beeinflussung der Lesenden, wenn man sich der Boulevardpresse zuwendet. Hier geht die unbeabsichtigte Manipulation allerdings nicht selten in offene Propaganda für bestimmte Positionen über. Dies trifft auf Leser, die von ihrer Zeitung auch nichts anderes erwarten als die Übertragung von Stammtischpöbeleien in Druckerschwärze. Derartige Boulevardblätter sind im Grunde Vorläufer dessen, was man heute als "Echoräume" bezeichnet: Schreibende und Lesende igeln sich hier durch wechselseitige Bestätigung in der Wagenburg ihres eng umgrenzten Weltbilds ein.

Die menschenverachtenden Praktiken dieser Art von Gossenjournalismus sind seit Günter Wallraffs Undercover-Recherchen hinreichend bekannt. Auf sie muss deshalb an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden, zumal sie explizit nicht der Standard sind, an dem nicht-boulevardeske Tageszeitungen sich orientieren.

Bei der weniger offensichtlichen, teilweise auch unbeabsichtigten manipulativen Berichterstattung, um die es hier geht, ist indessen noch ein weiterer Punkt zu beachten. Dabei geht es um allgemeine, eine bestimmte Deutung sozialer Prozesse nahe legende Sprachregelungen, die von den Berichtenden unhinterfragt übernommen werden, ohne dass es für die transportierten Behauptungen eine gesicherte empirische Grundlage gäbe. Teilweise widersprechen sie dieser sogar.

Ein Beispiel hierfür ist der Begriff "Oligarch", welcher der politischen Einflussnahme von Wirtschaftsmagnaten in Osteuropa, speziell in Russland, vorbehalten ist, obwohl er ebenso gut zur Beschreibung von Entwicklungen in westlichen Ländern verwendet werden könnte. Silvio Berlusconi etwa wird allenfalls als "Medienmogul", Donald Trump noch neutraler als "reicher Geschäftsmann" bezeichnet. Indem der Begriff des Oligarchen hier keine Verwendung findet, wird eine größere Immunität westlicher Demokratien gegenüber der Usurpation der Macht durch Personen aus der Kategorie der "Superreichen" unterstellt. Dies ist zwar insofern nicht ganz unberechtigt, als etwa Justiz und Medien in den USA fraglos eine größere Widerstandsfähigkeit an den Tag legen und auch weniger starken Repressionen ausgesetzt sind als in Russland und anderen osteuropäischen Ländern. Andererseits ist Trump gerade der beste Beleg für die politische Krise, in der sich die westlichen Demokratien

befinden. Diese Tatsache wird verschleiert, indem man den Begriff "Oligarch" auf osteuropäische Kontexte beschränkt.

Der unabhängige Journalismus wird schon seit geraumer Zeit durch eine Reihe von Entwicklungen bedroht. Ökonomisch ist er gefährdet durch den Trend zum Online-Journalismus, der durch die vom Netz geförderte Umsonst-Mentalität noch schlechtere Verdienstmöglichkeiten bietet als der Print-Bereich. Die Folge ist, dass die Beschäftigungsverhältnisse von Journalisten noch prekärer werden, als sie es ohnehin schon waren. Es gibt immer weniger Festanstellungen und auch immer weniger Auftragsarbeiten. Stattdessen müssen Journalisten ihre Arbeiten nicht selten vorfinanzieren und dann darauf hoffen, sie in einer Zeitung unterbringen zu können. Dies erhöht den Anpassungsdruck – und damit die Gefahr, sich an der berühmten Schere im Kopf zu orientieren und die am Markt geltenden Standards unhinterfragt zu übernehmen.

Zum anderen haben die Verlagshäuser sich infolge der zurückgehenden Einnahmen aus dem Printbereich auch verstärkt um eine Diversifizierung ihrer Produktpalette bemüht. Dies ist gerade an der *Süddeutschen Zeitung* gut zu beobachten: Nach der anfänglichen Ausweitung des Geschäftsmodells auf den Buchbereich – durch ausführlichere Fassungen journalistischer Arbeiten und eigene "Bibliotheken" mit ausgewählten literarischen Werken – betätigt sich das Verlagshaus mittlerweile – mit einer eigenen "Vinothek" – auch als Weinhändler sowie – über Leserreisen – als Reiseunternehmen.

Dieser Trend zum Gemischtwarenladen erhöht die Gefahr, dass das ohnehin um sich greifende "Content Marketing", bei dem sich die Werbung in das Gewand journalistischer Artikel kleidet, auch den journalistischen Kernbereich affiziert, die Berichterstattung also von ökonomischen Interessen beeinflusst wird. Hinzu kommen schließlich noch politische Interessen, wie sie im audiovisuellen Bereich durch den Rundfunkrat und im Printbereich etwa über die Bevorzugung bzw. Missachtung unliebsamer Medien oder einzelner Journalisten durch prominente Politiker zur Geltung gebracht werden können. Bei diesen Rahmenbedingungen fällt es einerseits schwer, optimistisch in die Zukunft zu blicken und an den Fortbestand des kritischen Journalismus zu glauben. Andererseits ist die "Vierte Gewalt" gerade heute, angesichts der immer stärkeren Verbreitung von "Fake News" und der immer unverhohleneren politischen Propaganda der Parteien, ein notwendiges Korrektiv für die öffentliche Meinungsbildung. Geschützt werden kann diese Funktion journalistischer Arbeit nicht zuletzt dadurch, dass man die moralischen Standards, denen Letztere auch nach dem Pressekodex des Deutschen Presserats genügen soll, wieder stärker verinnerlicht.

Am ehesten wäre das Überleben des kritischen Journalismus natürlich durch die Unabhängigkeit von ökonomischen Interessen zu gewährleisten. Dann aber

wäre er Teil einer idealen Welt, in der er weit weniger notwendig wäre als in unserer unvollkommenen Welt. Um in diesem Spannungsfeld so viel Freiheit wie möglich zu behaupten, sollten Journalisten sich zumindest ihre innere Unabhängigkeit – zu der auch eine kritische Distanz gegenüber dem eigenen Tun und Denken gehört – zu bewahren versuchen. Dafür lassen sich aus dem hier Ausgeführten die folgenden Empfehlungen ableiten:

1. Bemühung um die nötige Sensibilität für die geistige Lenkungswirkung sprachlicher Konstrukte; regelmäßiges kritisches Hinterfragen der Art und Weise, wie man selbst bestimmte Begriffskomplexe verwendet;
2. faktenbasierte Berichterstattung, belegt durch die Bereitstellung des Rohmaterials der Reportagen im Netz; Bevorzugung der direkten, interviewbasierten Porträtierung von Personen gegenüber boulevardesken Homestorys;
3. strikte Trennung von Bericht und Kommentar: selbstkritische Überprüfung und redaktionelle Bearbeitung von Texten im Hinblick auf diesen Anspruch;
4. Co-Working: standardmäßiges Gegen-Lesen eigener Arbeiten durch KollegInnen aus anderen Ressorts, die den Inhalten mit dem unbefangeneren Blick des neutralen Lesers begegnen.

© Dieter Hoffmann ([rotherbaron](#)), November 2017